

20. Februar 2002

P R E S S E R K L Ä R U N G

"Zynische Kalkulation mit der Zeit"

Zentralrat fordert Beschleunigung der Zwangsarbeiter-Entschädigung

Anlässlich der heutigen Sitzung des Kuratoriums und des Vorstandes der Zwangsarbeiterstiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" in Berlin appelliert der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, die Stiftung solle für eine beschleunigte Auszahlung der Entschädigung in Höhe von je 15.000 DM (7.670 Euro) an die ehemaligen Sklavenarbeiter sorgen. Dazu schrieb Rose heute an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstandes, Michael Jansen.

Für diese Beschleunigung protestierten 250 Holocaust-Überlebende der Sinti und Roma mit dem Zentralrat im vergangenen Dezember bei dem für die Rechtsaufsicht zuständigen Bundesfinanzministerium, das laut deutsch-amerikanischem Vertrag den Beschwerden der Opfer nachgehen muss.

Bei der "Internationalen UNO-Organisation für Migration" (IOM), die im Auftrag der Stiftung für nicht-jüdische Antragsteller aus Deutschland, Westeuropa und anderen Ländern zuständig ist, seien nach neuester Auskunft der Stiftung

300 000 Anträge eingegangen. Davon seien laut IOM nach über einem Jahr erst 6300 - davon 430 von Sinti und Roma - geprüft und an sie eine erste Rate von 50 Prozent des Entschädigungsbetrages ausgezahlt worden. Bei einer solchen Fortsetzung wären frühestens in 20 Jahren alle Anträge bearbeitet. Erst danach könnte gemäß der vom Kuratorium zur Zeit festgelegten Verfahrensweise die zweite Rate ausbezahlt werden. "Bis dahin wären alle gestorben und würden auch die zweite Rate nicht mehr erleben", sagte Rose heute in Heidelberg der Presse - und weiter: "Eine solche zynische Kalkulation mit der Zeit darf es nicht geben, das Kuratorium muss das Verfahren grundlegend verbessern."

Der Zentralrat reichte vor einem Jahr für 1540 ehemalige Sklavenarbeiter der deutschen Sinti und Roma Entschädigungsanträge ein. Mehr als 40 dieser hochbetagten Menschen sind zwischenzeitlich verstorben, beklagte der Zentralrat. Von den Abgeordneten der Fraktionen im Deutschen Bundestag, die im Kuratorium der Stiftung vertreten sind, Bernd Reuter (SPD), Wolfgang Bosbach (CDU), Volker Beck (Grüne), Max Stadler (FDP) und Ulla Jelpke (PDS), verlangte Rose jetzt eine direkte Mitwirkungsmöglichkeit für den Zentralrat.